



## Neue Parkordnung Oststadt – fast nur Nachteile, Arbeitskreis Oststadt empört.

**Der im Sommer 2009 gegründete Arbeitskreis Oststadt (AKO) hat sich mit der eben erst vollständig veröffentlichten neuen Parkordnung der Stadt auseinandergesetzt und kommt zu einem erschütternden Ergebnis: Anwohner, Berufstätige und Berufsschüler müssen sich auf massive Eingriffe und Verschlechterungen gefasst machen. Der Arbeitskreis kündigte umgehend neuen Protest an.**

Da staunten die drei Initiatoren des Arbeitskreises Oststadt (AKO) Alexandra Wolf-Klawonn, Dieter Schrammel und Martin G. Dege – allesamt Bewohner und berufstätig in der Oststadt – nicht schlecht, als anstelle einer Einladung zu einer in Aussicht gestellten weiteren Bürgerbeteiligung, am Montag vergangener Woche schön gestaltete Informationsbroschüren zur "Parkraumbewirtschaftung" und zu einem "Mobilitätsmanagement" im Briefkasten lagen. Zwei eilig anberaumte Zusammenkünfte und mehrere informelle Stichproben bei verschiedenen Bewohnern und Berufstätigen verstärkten das Bild: Was die Broschüren als Fortschritt verkünden, ist in Wirklichkeit Rückschritt auf der ganzen Linie.

So werden in Zukunft sehr enge Parkzeiten und starre Parkzonen das Ende der freien Zugänglichkeit und der damit verbundenen guten Lebens- und Arbeitsbedingungen

Alexandra Wolf-Klawonn, Dieter Schrammel, Martin G. Dege  
Kaiserstraße 73 bzw. 77, 72764 Reutlingen  
Telefon: +49 (0) 71 21 / 36 81 79, Telefax: +49 (0) 71 21 / 1 51 55 98 24  
[www.ak-oststadt.de](http://www.ak-oststadt.de), E-Mail: [kontakt@ak-oststadt.de](mailto:kontakt@ak-oststadt.de)

mit sich bringen. Ältere Bewohner, deren Besucher oder Familien mit kleinen Kindern werden, nachdem sie ihre Einkäufe und Babys zu Hause abgeladen haben, viele 100 Meter entfernt versuchen müssen, einen Standplatz zu ergattern.

Für den Dienstleistungsstadtteil besonders besorgniserregend ist die Situation für Angestellte und Azubis. Wenn diese, wie es sehr häufig der Fall ist, sich von auswärts kommend, gerade durch die Reutlinger Rushhour gequält haben, müssen sie nun mit erhebliche Kosten für das Parkticket rechnen. "Das können bei einer Bäckereifachverkäuferin mit ca. 1.008 € brutto mal eben zwischen 6 und 15% ihres ohnehin schon kleinen Einkommens sein", weiß Dieter Schrammel vom AK-Oststadt zu berichten. Dem Arbeitskreis sind Namen von Rechtsanwaltsgehilfinnen bekannt, die daraufhin bereits ihre Chefs mit den Worten "Arbeit muss sich lohnen!" die Kündigung ausgesprochen haben sollen.

Bereits im Dezember hatte der frisch gewählte Jugendgemeinderat mitgeteilt, dass die Parksituation für die Berufsschüler eine Zumutung und die hohen Ticketpreise des ÖPNV "eine Unverschämtheit" seien. Auch sie fühlen sich von der Politik im Stich gelassen, kommentierten Berufsschüler und Verkäuferinnen übereinstimmend.

Besonders schlimm trifft es Alleinerziehende mit kranken Kindern, die in Sorge um das Wohlergehen ihrer Kleinen nun zwischen dem Wartezimmer und einem bezahlbaren, weit entfernten Parkplatz hin- und herpendeln müssen. "Wir werden dadurch nicht kundenfreundlicher", kommentierte bekümmert der Kinderarzt i. R. Dr. Huber die Situation.

"Einen Stellplatz für alle Fälle: Der Park&Ride-Platz am Süd-Bahnhof" verspricht das Werbeprospekt im Hinblick auf den weit und breit einzigen kostenfreien Parkplatz. "Für Frauen, Ältere und Behinderte eine Zumutung", kontert Alexandra Klawonn, die den Platz am weit entfernten Südbahnhof persönlich kennt. "Kaum beleuchtet, weit abgelegen und ohne Infrastruktur. Wer den Bus erreichen will, muss eine große Hecke umlaufen oder über eine 6-spurige Hauptverkehrsstraße spurten." Auch die Anbindung an den Platz, der im Prospekt schönfärberisch "südliches Tor zur Oststadt" genannt wird, spottet jeder Beschreibung. Nur alle 40 Minuten und nur in der Zeit von 6 bis 19 Uhr will ein Bus vorbeikommen, was die Stadt bereits als "eine effiziente Nutzung von bestehenden Verkehrsangeboten, z.B. ÖPNV" propagiert.

Offenbar sind diese Einschränkungen und Erschwernisse politisch gewollt, wie ein Faltblatt zum Mobilitätsmanagement erläutert. Das Ziel ist "der Abbau von Vergünstigungen bei PKW-Nutzung zugunsten von Angebotsverbesserungen bei ÖPNV und Fahrrad". "Aber wie sollen bitte Einkäufe, Kleinkinder, Aktentaschen und Businessklamotten bei Wind und Wetter samt Drahtwesel über holprige Fahrradwege transportiert werden? Es mag einzelne geben, denen das liegen mag, aber was macht der große Rest der Angestellten?" fragt sich Martin Dege.

Sehr bedauerlich ist darüber hinaus, dass nach nur einer einzigen Bürgerbeteiligungsveranstaltung zu diesem Thema bereits wieder Nägel mit Köpfen gemacht wurden und weitere Gesprächsangebote an Anwohner und Beschäftigte unterblieben. "Es waren weitere Bürgerbeteiligungen angekündigt. Was ist aus diesen Absichten geworden?" fragt daher eine aktive Oststadtbewohnerin.



Überhaupt ist die Frage, wie das Konzept der Nachhaltigkeit und der Stadtteilentwicklung dienen soll. "Wir haben die Sorge, dass nur kurzfristig neue Einnahmequellen abgegriffen werden sollen, ohne dass die Bedürfnisse des Stadtviertels wirklich verstanden und im Wettbewerb mit anderen Standorten gestärkt werden", war der Konsens von Ärzten und Apothekern. Notwendig wären bessere Straßenbeläge und Gehwege, mehr Sauberkeit und Wohnqualität, mehr Kundenfreundlichkeit, bessere Breitbandanbindung und bezahlbare öffentliche Parkhäuser statt teure private.

Das Fazit für die AKO-Initiatoren: Eine Reduzierung des Parksuchverkehrs kann durchaus ein sinnvolles Ziel sein. Beim vorliegenden Konzept jedoch wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen, bzw. der Ruf des Dienstleistungsviertels leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Der Arbeitskreis vermutet, dass die Suche nach Einnahmequellen in Verbindung mit politischen Kalkülen offenbar derzeit im Gemeinderat wieder die Oberhand hat. Der AK-Oststadt wird daher wiederum zum Protest aufrufen.